Das Netzwerk des Ministers

Lobbyismus EU-Ermittler gehen einem Korruptionsverdacht in Tschechien nach. Das Verfahren zeigt, wie schlecht Brüssel seine Fördermilliarden kontrolliert.

GÖTZ SCHLESER / WIRTSCHAFTSWOCHE

Tschechischer Finanzminister Babiš: Neue Qualität von Interessenkonflikt

Das Storchennest ist ein Traum für gestresste Großstädter. Die Kinder können Reitstunden nehmen oder im See baden, für die Erwachsenen wartet eine großzügige Wellnesslandschaft in herrlicher Natur – 50 Kilometer von der tschechischen Hauptstadt Prag entfernt.

Auch die EU sah in dem Kongress- und Hotelzentrum offenbar ein förderungswürdiges Projekt und bezuschusste den Bau mit 1,85 Millionen Euro. So berichten es jedenfalls tschechische Medien. Wenn jedoch heute in Brüssel von der Edelherberge die Rede ist, geht es nicht um Entspannung und Urlaub, sondern um einen vermutlich millionenschweren Korruptionsfall.

Eigentlich war das Geld für kleinere Unternehmen gedacht, doch nun steht der Verdacht im Raum, dass der Hotelkomplex zeitweise unter dem Einfluss von Agrofert stand, dem größten Chemie- und Nahrungsmittelkonzern der Tschechischen Republik. Besonders pikant: Alleiniger Eigentümer des Konglomerats war und ist Tschechiens Finanzminister Andrej Babiš. Vor dem Parlament räumte Babiš jüngst ein, seine Söhne seien Eigentümer der Edelimmobilie gewesen.

Jetzt ermittelt sogar die EU-Antikorruptionsbehörde Olaf wegen des Missbrauchs von EU-Fördergeldern. Betroffen sei „eine Firma aus dem Agrofert-Konzern“, bestätigt eine Behördensprecherin. Von 2009 bis 2015 soll der Agrarkonzern („Lieken Urkorn“, „Golden Toast“) mindestens 190 Millionen Euro bekommen haben, wie EU-Haushälter errechneten. Selbst für Brüsseler Verhältnisse ist das eine neue Qualität von Interessenkonflikt: Der Finanzminister ist Eigentümer eines Unternehmens, das von EU-Fördergeldern profitiert, über deren Vergabe er gleichzeitig wachen soll.

Der Fall ist keine regionale Angelegenheit, er legt vielmehr exemplarisch die Schwächen bei der Vergabe europäischer Strukturmittel und Agrarbeihilfen offen, die einen Großteil des EU-Haushalts ausmachen. Von den 141 Milliarden Euro gingen im Jahr 2015 etwa 122 Milliarden, verteilt auf Hunderte Programme, in die Landwirtschaft, in strukturschwache Gebiete oder in die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Für so manches osteuropäische Land war die Aussicht auf Zugang zu diesen Fördertöpfen beim Wunsch der EU beizutreten genauso wichtig wie der Traum vom grenzenlosen Reisen bei seinen Bürgern.

Doch die Kontrolle dieser Gelder ist seit je äußerst lückenhaft. Knapp 80 Prozent werden von den Mitgliedstaaten selbst verwaltet, und viele haben wenig Interesse daran, die Förderprojekte genauer unter die Lupe zu nehmen. Sie sind froh, dass das Geld im Land ist.

Die Folge können Mitglieder im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments regelmäßig bei ihren Visiten vor Ort besichtigen: Brücken, die im Nirgendwo enden; Luxushotels und Golfplätze, die vom europäischen Steuerzahler üppig bezuschusst wurden; Radwege, die oft unter Wasser stehen.

Der Fall Babiš jedoch hat noch eine zusätzliche politische Dimension. Den Olaf-Ermittlern liegen offenbar Berichte vor, wonach Vertreter des Unternehmens die staatliche Verwaltung beeinflusst haben sollen, Vergaberichtlinien für EU-Gelder zugunsten Agroferts zu verändern.

Babiš ist eine schillernde Persönlichkeit. Der Mann ist zweieinhalbfacher Euro-Milliardär, zweitreichster Tscheche, Finanzminister und Vizepremier. Mit einer Art Wutbürgerbündnis eroberte er 2011 einen Platz im Parlament, heute stellt seine Partei die zweitgrößte Fraktion. Weil er zwei der auflagenstärksten Zeitungen des Landes kontrolliert, beschreiben ihn seine Kritiker gern als tschechischen Silvio Berlusconi.

Trotz des Aufstiegs in höchste Regierungsämter blieb Babiš Eigentümer von Agrofert, einem Unternehmen mit über 30 000 Angestellten, darunter knapp 4400 in Deutschland. In der Doppelrolle sieht Babiš kein Problem. Das Management der Firma habe er bereits im Januar 2014 verlassen, und er übe keinen Einfluss auf das Alltagsgeschäft seines Unternehmens aus.

Doch genau daran gibt es jetzt Zweifel. Ein Vorwurf zielt auf ein Treffen, das am 25. Mai 2015 im Besprechungsraum von Babiš’ Partei im tschechischen Parlament stattgefunden haben soll. Thema war das neue Förderprogramm OP PIK, es ging um 4,4 Milliarden Euro, von denen kleinere und mittlere Unternehmen bis 2020 profitieren sollten. Das Dumme war nur: Wenn Agrofert eines nicht ist, dann ein kleines Unternehmen.

Mit dabei waren unter anderen Petr Cingr, Vizepräsident von Agrofert und Vertreter der tschechischen Chemieindustrie, sowie Vizeindustrieminister Tomáš

Please go

JENNY MATTHEWS / FORMAT

… weil man an den Schuluniformen erkennen kann, ob aus einem Kind später einmal etwas wird oder nicht. Nach einer Studie der OECD zur sozialen Durchlässigkeit liegt Großbritannien hinter allen anderen westeuropäischen Ländern.

… because you can see from a child’s school uniform alone if they will amount to anything or not. According to an OECD study on social mobility, the UK lags far behind the rest of western Europe in this respect.

Novotný, der praktischerweise für die Vergabe von EU-Fördermitteln zuständig war. Dies geht aus einer anonymen E-Mail hervor, die Olaf und dem SPIEGEL vorliegen.

Ziel des Treffens, so der Vorwurf, war es, die Ausschreibebedingungen für das neue EU-Förderprogramm im Sinne Agroferts zu verändern. Nach den EU-Statuten haben die Mitgliedstaaten hierbei einen Spielraum. Die schwammige Regelung kam Agrofert nun offenbar zugute. Wie die tschechische Regierung einräumt, wurde die ursprüngliche Zuteilungsobergrenze bei Fördermitteln für große Firmen von 20 auf 40 Prozent erhöht, dies sei im Einklang mit europäischen Regeln geschehen.

Agrofert bestreitet jede Einflussnahme. Agrofert-Mann Cingr habe als Verbandschef der Chemieindustrie für eine Änderung der Vergaberichtlinien plädiert und nicht als Vertreter Agroferts. Olaf wollte sich wegen der laufenden Untersuchungen nicht zu Details äußern. Agrofert betont, dem Unternehmen seien keine Ermittlungen bekannt. Die Vorwürfe seien Teil einer „Schmutzkampagne“ politischer Gegner.

In Brüssel hinterlassen Fälle wie dieser dennoch Spuren. Im Europäischen Parlament wächst der Druck, die Vergabe von Fördermitteln in den EU-Mitgliedsländern strenger zu überwachen. „Die EU-Kommission hat viel zu lange weggeschaut“, sagt Inge Grässle (CDU), Chefin des Haushaltskontrollausschusses. Anfang der Woche stehen die Probleme mit der Kontrolle von EU-Geldern in Tschechien auf der Tagesordnung des Haushaltsgremiums.

Was die Arbeit der Aufklärer zusätzlich erschwert: Die großen Empfänger von EU-Hilfen sind in den europäischen Beamtenstuben bestens vernetzt. Das tschechische Netzwerk reicht gleich in mehrere Schlüsselstellen. Tomáš Nejdl beispielsweise ist im Kabinett von Regionalhilfekommmissarin Corina Crețu ausgerechnet für sein Heimatland Tschechien zuständig. Mehrere Europaparlamentarier rügten die Personalie unlängst „wegen möglicher Interessenkonflikte“, doch für eine Erwähnung im Haushaltskontrollbericht fehlte die Mehrheit. Eng mit Babiš verbandelt ist Daniel Braun, stellvertretender Kabinettschef bei der ebenfalls aus Tschechien stammenden Justiz- und Verbraucherkommissarin Věra Jourová. Dem SPIEGEL liegen E-Mails vor, in denen sich Babiš’ Getreue darüber austauschen, wie bestimmte Fördermittel für Tschechien gesichert werden können.

Selbst im Europäischen Rechnungshof hat Babiš Vertraute. Seit Mai wird Tschechien in dem obersten EU-Kontrollgremium von Jan Gregor vertreten. Was EU-Fördergelder angeht, ist der Mann vom Fach. Er war Stellvertreter von Babiš als tschechischer Finanzminister – und damit auch für die EU-Programme verantwortlich. Peter Müller, Andreas Wassermann